JUSTIZ

Fahrverbot für Schläger

Erst forderte der Bundesinnenminister, Manfred Kanther (CDU), in der vergangenen Woche die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Hooligan-Bekämpfung“. Dann meldete sich der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Walter Zuber (SPD) aus Rheinland-Pfalz, mit dem Hinweis, eine solche Arbeitsgruppe gebe es bereits seit 1991 („Das hat Herr Kanther offenbar übersehen“). Dabei hat die von Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) eingesetzte Kommission zur Reform des strafrechtlichen Sanktionensystems längst einen konkreten Vorschlag zur Bekämpfung der Hooligan-Randale erarbeitet. Danach soll den Schlägern künftig ein befristetes Fahrverbot drohen, wenn sie mit dem eigenen Auto zur Prügelei angereist sind. Von dem Fahrverbot (bis zu sechs Monaten) „soll die Justiz immer dann Gebrauch machen, wenn ein Kraftfahrzeug bei der Vorbereitung einer Straftat eine Rolle spielt“, so der Kommissionsvorsitzende Horst Eylmann (CDU). Neben Hooligans wären davon auch jene Täter bedroht, die mit dem Auto zum Einbruch vorfahren oder vorher per Pkw die Werkzeuge für den Bruch besorgt haben. Auch der SPD-Rechtsexperte Jürgen Meyer hält ein Fahrverbot für sinnvoll, „weil das Auto insbesondere bei jüngeren Leuten eine Statusangelegenheit ist“.

AP

Fahrzeugkontrolle bei Fußballfans

Nachgefragt

Klebt Kinkel!

„In der FDP gibt es Streit darüber, wer die Partei auf ihren Wahlplakaten vertreten soll. Mit wem soll die FDP werben?“

mit dem	BEFRAGTE GESAMT	FDP-WÄHLER
Ehrenvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher	35	34
Außenminister Klaus Kinkel	34	61
Wirtschaftsminister Günter Rexrodt	15	16
Generalsekretär Guido Westerwelle	12	19
Parteivorsitzenden Wolfgang Gerhardt	10	33

Emnid-Umfrage für den SPIEGEL vom 14. bis 15. Juli; Angaben in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; 1001 Befragte

GEHEIMDIENSTE

Foertsch muß gehen

Der Chef der Abteilung Sicherheit/Abwehr des Bundesnachrichtendienstes (BND), Volker Foertsch, 63, soll neuer Leiter der BND-eigenen Agentenschule werden. Das Bundeskanzleramt hat beschlossen, den im März unter Spionageverdacht geratenen und mittlerweile offiziell rehabilitierten Foertsch im Herbst auf den neuen Posten abzuschieben. Im Juni hatte die Parlamentarische Kontrollkommission des Bundestags dem Kanzleramt sogar empfohlen, den BND-Sicherheitschef in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Grund hierfür war ein schweres Zerwürfnis zwischen Foertsch und BND-Präsident Hansjörg Geiger über die dienstinterne Behandlung der Spionagevorwürfe. Zudem hat das Kanzleramt dem BND überraschend vorgeschlagen, die Sicherheitsabteilung vollständig aufzulösen.